

Niederschrift

über die 2. (SJSA) öffentliche Sitzung des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses
der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 25.01.2007

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 20:20 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende Susanne Riemer

Ausschussmitglieder Anne Bödecker
Axel Homfeldt
Helena Kathmann
Heinz Knepelkamp
Mike Schauderna
Elfriede Schwitters
Henrik Ufken
Doris Wolken

ber. Ausschussmitglieder Ulrich Heimes
Falk Janßen
Elke Kortendieck
Toni Siefken

Von der Verwaltung
nehmen teil: Bürgermeister Gerhard Böhling
Kindergartenleiterin Renate Dierker
Gleichstellungsbeauftragte Doris Fuhlbohm
StAR Elke Idel
StR Anja Müller

Gäste Utta Schüder

Es fehlen entschuldigt:

Ausschussmitglieder Sabine Mietz-Hüttel

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt neben den Ausschussmitgliedern die Vertreter und Vertreterinnen der Verwaltung, die Vertreter/innen der Presse, die anwesenden Bürger/innen und die neuen beratenden Ausschussmitglieder.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

BM Böhling verweist auf die am 10.01.2007 eingereichte Sitzungsvorlage der SPD „Antrag auf weitere Kinderbetreuungsmöglichkeiten“ neu TOP 11 und stellt fest, dass die Antragsfrist von 10 Tagen eingehalten wurde.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden daraufhin festgestellt.

3. Feststellung der Tagesordnung

Auf Antrag der Ausschussvorsitzenden wird TOP 9 – Kinderbetreuungskonzept der Stadt Schortens – auf TOP 6 vorgezogen. Die nachfolgenden TOP verschieben sich entsprechend.

Die Tagesordnung wird so festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 30.11.2006 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

RM Kathmann bittet als Einwohnerin darum, als guten Vorsatz für das neue Jahr, wichtige Probleme für den Bürger zu lösen und Wortmeldungen kurz und präzise zu fassen.

6. Kinderbetreuungskonzept der Stadt Schortens **SV-Nr. 06/0057**

StR Müller erläutert das Konzept, welches dem stufenweisen Ausbau zur Umsetzung des TAG bis 2010 Rechnung trägt. Im Endstadium entstehen jährliche Kosten von 150.000 Euro. Gleichzeitig wird um Beschlussfassung zu Punkt 1 des Beschlussvorschlages gebeten, da im Hinblick auf die in den nächsten Wochen stattfindenden Anmeldungen in den Kindertagesstätten der Stadt Schortens Planungssicherheit für die Eltern ermöglicht werden soll.

BM Böhling verweist auf die rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung nach dem TAG hin. Weiterhin war es der Stadt immer ein Anliegen, die Hausaufgabenhilfe zu unterstützen. Unter Hinweis auf die Kreisumlage ist die Finanzierung der Maßnahmen noch zu klären.

Die Ausschussvorsitzende regt an, im Hinblick auf Punkt 2 des Beschlussvorschlages eine zusätzliche Ausschusssitzung anzuberaumen, um die Antragsfristen (30.04.2007) der in Kürze zu erwartenden Richtlinie nicht verstreichen zu lassen.

Auf Vorschlag von BM Böhling wird die Verwaltung ermächtigt, entsprechende Anträge vorsorglich zur Fristwahrung zu stellen.

RM Bödecker spricht der Verwaltung Dank für das Konzept und die gute Arbeit aus. Nachfolgend werden ihre Anfragen wie folgt beantwortet:

- Die Anzahl der zu betreuenden Kinder wurde der Kindertagesstättenbedarfsplanung des Landkreises Friesland und der im Herbst 2005 durchgeführten Elternbefragung entnommen. Hierbei handelt es sich immer um Stichtage, die einer entsprechenden demographischen Fluktuation unterliegen.
- Beim „Platz-Sharing“ werden 23 Plätze pro Kindergartengruppe fest vergeben. 2 Plätze können tageweise gebucht werden.
- Bereits heute erfolgt als „niedrigschwelliges“ Angebot Familienberatung in den Kindertagesstätten, da Kontakte der Eltern zunächst dort geknüpft werden.

Auf Anregung der Gleichstellungsbeauftragten Frau Fuhlbohm sollte statt Mutter- bzw. Vater-Kind-Gruppen der Begriff „Elterngruppen“ oder „Elternangebote“ gewählt werden. Gleichwohl spiegelt das Konzept die gesellschaftliche Realität im Hinblick auf die Betreuungsmöglichkeiten von Vätern wieder. Teilweise besteht auch bei Eltern der Wunsch nach geschlechtsspezifischer Trennung von Gruppen.

Ber. AM Heimes begrüßt die Integration ausländischer Eltern. Seitens der Elternschaft der VGS Roffhausen wird die mangelnde Information hinsichtlich der Planung einer Krippe an diesem Schulstandort bemängelt. Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass die Schulleitung gleichzeitig mit den Ausschussmitgliedern über den Inhalt des Konzeptes informiert wurde und nach Beschlussfassung die Einrichtung in Absprache mit der Schule erfolgt. Auf weitere Nachfrage, ob Hausaufgabenhilfe auch an der VGS Sillenstede eingeführt wird, teilt die Verwaltung mit, dass Gespräche mit dem Förderkreis Durchblick erst nach Beschlussfassung erfolgen können. Auf Nachfrage von RM Schwitters teilt StR Müller mit, dass von den Schulen derzeit kein weiterer Bedarf gemeldet wurde.

RM Bödecker bittet um Klärung, ob die Krabbelgruppe in der Pastorei (Kirchstraße) noch besteht. Hinsichtlich bilingualer Sprachförderung legt sie Wert auf den Erhalt der plattdeutschen Sprache; dieses nicht zuletzt vor dem Hintergrund, um Lernpotenziale entsprechender Altersstufen nicht verstreichen zu lassen. Es sollte geprüft werden, ob hierfür auch ehrenamtliche Helfer gefunden werden könnten.

Auf Nachfrage von RM Bödecker hinsichtlich Beteiligung des Gymnasiums und der Realschule an der „Arche“ wird mitgeteilt, dass der „Schulfrust“ an der Hauptschule am größten sei, jedoch werden alle weiterführenden Schulen bei der Konzeptentwicklung beteiligt.

BM Böhling weist darauf hin, dass zurzeit keine entsprechenden Mittel für die Maßnahmen im Haushalt 2007 eingestellt sind. Sofern das Konzept beschlossen und die einzelnen Maßnahmen umgesetzt werden, kann eine Bereitstellung von Mitteln im Haushalt 2008 erfolgen. Sofern dieses Haushaltsjahr Maßnahmen umgesetzt werden, kann dieses nur über eine budgetübergreifende Deckung erfolgen. Dieses ist finanziell auch möglich. Die letztendliche Entscheidung über das Konzept trifft der Rat.

Der Antrag der Ausschussvorsitzenden auf sofortige Abstimmung über den Zeitplan des Konzeptes wird mehrheitlich abgelehnt.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

1. Die Einrichtung der 2. Krippengruppe mit weiteren 15 Plätzen ab August 2007 wird beschlossen. Vorrangig werden nach wie vor 2- bis 3-Jährige aufgenommen. Sollten aber Plätze frei sein, erfolgt die Vergabe auch an 1- bis 2-Jährige. Die Aufnahmeleitlinien werden entsprechend erweitert.
2. Die übrigen Vorschläge aus dem Konzeptentwurf werden in die Fraktionen verwiesen, bevor eine Beratung im Schul-, Jugend- und Sozialausschuss am 15.03.2007 und eine abschließende Beschlussfassung im Rat am 10.05.2007 erfolgen kann.

7. Bericht über die Krippe Schortens **SV-Nr. 06/0056**

Die Leiterin der Kindertagesstätte Schortens, Frau Dierker, berichtet über die ersten Monate des Betriebes der Krippe und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Diese wird von den Kindern, die sich in der Einrichtung sehr wohl fühlen, und den Eltern, die ihre Kinder gut betreut wissen, sehr gut angenommen. Frau Martina Nischik, deren Kind in der Krippe betreut wird, bestätigt aus Elternsicht die guten Erfahrungen. Insbesondere ist dieses Betreuungsangebot für junge Familien wichtig, um sich für ein weiteres Kind zu entscheiden.

(Anmerkung der Verwaltung:
Der Bericht ist als Anlage beigefügt.)

8. Einrichtung eines Feriengartens **SV-Nr. 06/0052**

StAR Idel erläutert den Beschlussvorschlag der Verwaltung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder hinsichtlich der Kostenkalkulation und der Möglichkeit der wochenweisen Buchung des Feriengartens.

Auf Anfrage von RM Bödecker teilt StR Müller mit, dass das Jugendgruppenheim vormittags nur vom Waldkindergarten an einem Tag in der Woche genutzt wird, die Gespräche mit den Vereinen, die das Jugendheim nutzen, und die Planung von gemeinsamen Veranstaltungen mit dem RUZ erst nach Beschlussfassung erfolgen kann und die Gruppen für Kindergarten- und Grundschulkindern getrennt betreut werden sollen.

RM Bödecker beantragt, die Möglichkeit zu prüfen, ob der Ferienkindergarten auch in anderen Räumlichkeiten untergebracht werden könnte, z. B. in einem Raum des Obergeschosses des vom HFC genutzten Gebäudes.

RM Schauderna teilt mit, dass das Entgelt für Familien mit mehreren Kindern und für Geringverdiener zu hoch bemessen sei und spricht sich für eine soziale Komponente bei der Entgelthöhe aus. Auf Anregung der Ausschussmitglieder soll ein Bericht über den Verlauf und die Erfahrungen im Hinblick auf die Entgelthöhe nach den Sommerferien erfolgen.

Ber. AM Siefken teilt mit, dass der Stadtelternrat der Kindertagesstätten das Konzept begrüßt. Auch hinsichtlich der Kosten bestehen keine Bedenken.

Nach ausführlicher Aussprache wird der folgende Antrag von RM Bödecker für die SPD-Fraktion mehrheitlich abgelehnt:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Stadt Schortens richtet in Räumlichkeiten am Klosterpark einen Feriengarten zur Betreuung von Grundschul- und Kindergartenkindern während der Sommerferien ein.

Anschließend ergeht folgende Beschlussempfehlung:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Stadt Schortens richtet in den Räumlichkeiten des Jugendgruppenheimes am Klosterpark einen Feriengarten zur Betreuung von Grundschul- und Kindergartenkindern während der Sommerferien ein. Ein Erfahrungsbericht wird dem Fachausschuss anschließend vorgelegt.

Die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/Linksbündnis enthalten sich der Stimme.

9. Entgelt- und Benutzungsordnung und Richtlinie für die Aufnahme von Kindern im Feriengarten der Stadt Schortens **SV-Nr. 01/1001**

StAR Idel erläutert den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

RM Knefelkamp spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

RM Bödecker stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag wie folgt zu erweitern:

„Ziffer 5.2 wird wie folgt gefasst:

Das Entgelt beträgt in der Regel 50 Euro pro Woche. Soziale Härtefälle werden berücksichtigt. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Kriterien für eine soziale Staffelung zu erarbeiten.“

Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss ergeht mehrheitlich die nachfolgende Beschlussempfehlung:

Der Rat möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Entgelt- und Benutzungsordnung sowie Richtlinie für die Aufnahme von Kindern im Feriengarten der Stadt Schortens wird beschlossen.

10. Förderung frühkindlicher Bildung und Betreuung in der Stadt Schortens **SV-Nr. 06/0058**

RM Bödecker teilt mit, dass sich der Antrag vom 21.11.2006 durch das jetzt vorliegende Kinderbetreuungskonzept der Verwaltung erledigt hat. Für das Konzept spricht sie der Verwaltung Dank aus.

11. Antrag auf weitere Kinderbetreuungsmöglichkeiten **SV-Nr. 06/0065**

RM Bödecker erläutert den Antrag der SPD-Ratsfraktion auf weitere Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Auf Anregung von RM Homfeldt wird einstimmig beschlossen, den Antrag gemeinsam mit dem Kinderbetreuungskonzept der Stadt Schortens in der nächsten Sitzung zu beraten.

12. Einrichtung eines Besuchsdienstes nach Geburten **SV-Nr. 06/0059**

StR Müller erläutert den Beschlussvorschlag der Verwaltung, der auf einen Antrag der Grünen vom 22.11.2006 zurückgeht.

Auf Anregung von RM Kathmann sollte die Bezeichnung nicht „Besuchsdienst“ sondern besser „Willkommensgruß“ lauten, um den Anschein von Kontrolle zu vermeiden. RM Homfeldt führt hierzu ergänzend aus, dass die Kontrollaufgabe beim Jugendamt des Landkreises Friesland liegt.

BM Böhling weist darauf hin, dass diese zusätzliche Aufgabe Personalkapazität nach sich zieht. RM Homfeldt regt darauf an, diese ggfls. ehrenamtlich, z. B. von den Bezirksvorstehern, durchführen zu lassen.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Stadt Schortens errichtet – dem Beispiel der Stadt Dormagen folgend – einen „Willkommensgruß“ nach Geburten zum Sommer 2007.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Informationsmappe unter Beteiligung anderer Institutionen zusammenzustellen.

13. Mögliche Verkleinerung von Spielplätzen **SV-Nr. 06/0060**

BM Böhling erläutert den Beschlussvorschlag der Verwaltung und verweist auf die stattgefundene Bereisung.

StR Müller weist darauf hin, dass zwei Spielplätze wegen Änderung der B-Pläne bereits verkleinert wurden und die Grundstücke verkauft werden könnten.

Auf Antrag von RM Kathmann wird mehrheitlich beschlossen, Einzelabstimmung zu den einzelnen Spielplätzen vorzunehmen.

RM Bödecker teilt mit, dass eine Verkleinerung von Spielplatzflächen nicht dem Bild einer familienfreundlichen Kommune entspricht und bedauert, dass keine weitere Prüfung im Hinblick auf Nutzung der Flächen für Nachbarschaftsplätze erfolgt ist.

Ber. AM Heimes gibt zu bedenken, dass zwar der Mindestanforderung an Spielplätze nach den gesetzlichen Bestimmungen genüge getan wird, jedoch eine freie Bespielbarkeit dieser nicht mehr gegeben ist. Die Verkleinerung der Plätze ziehe auch Folgekosten, z.B. durch Umbau der Spielgeräte, nach sich.

Der Vorsitzende des Bürgervereins Accum, Herr Krambeck, und die Einwohnerin Andrea Friese als Mutter von vier Kindern sprechen sich für den Erhalt des Spielplatzes Niederweg aus.

RM Homfeldt macht deutlich, dass es hier nicht um den Verkauf, sondern lediglich um eine Verkleinerung von Spielplatzflächen geht, um u.a. durch überdimensionierte Größe entstehendes Konfliktpotenzial bei Nutzung durch Jugendliche zu verhindern.

RM Schwitters unterstützt dieses Argument, da in der Vergangenheit gerade große Spielplätze immer wieder zu Beschwerden aus der Nachbarschaft geführt haben. Des Weiteren benötigten diese einen großen Pflegeaufwand; bei nicht ausreichender Pflege sei ein großer Platz unattraktiver als ein kleiner gut gepflegter Spielplatz.

RM Schauderna spricht sich dafür aus, alle vier Plätze in der bisherigen Form zu erhalten. Eine Verkleinerung der Flächen würde nur zu einer Verlagerung des Konfliktpotenzials durch Jugendliche an andere Orte führen.

Ber. AM Janßen weist darauf hin, dass die demographische Entwicklung beachtet werden muss und auch in älteren Wohngebieten

ein Generationenwechsel eintritt.

BM Böhling betont, dass die Anliegen der Bevölkerung in allen Belangen sehr ernst genommen werden. Aus diesem Grund wurde die öffentliche Bereisung der Plätze vorgenommen, um die Anwohner einzubinden. Der Mehrgenerationenplatz am Brauerweg wird nur wenig genutzt und führt außerdem zu Beschwerden der Anwohner. Die Stadt hat fünf Jugendtreffs. Auch in Zukunft werden diese bei Baugebieten mit berücksichtigt. Wichtig ist hierbei die planungsrechtliche Absicherung.

Es wird empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

1. Der Spielplatz Niederweg wird nicht reduziert.
2. Der Spielplatz Kanngießerland wird reduziert. Die Flächen werden als Baugrundstücke (zum Bodenrichtwert, vorrangig den benachbarten Anliegern) zum Verkauf angeboten. Vorab sind, sofern erforderlich, die B-Plan-Änderungen durchzuführen.
3. Der Spielplatz Hagenstraße wird reduziert. Die Flächen werden als Baugrundstücke (zum Bodenrichtwert, vorrangig den benachbarten Anliegern) zum Verkauf angeboten. Vorab sind, sofern erforderlich, die B-Plan-Änderungen durchzuführen.
4. Der Spielplatz Hasenweide wird reduziert. Die Flächen werden als Baugrundstücke (zum Bodenrichtwert, vorrangig den benachbarten Anliegern) zum Verkauf angeboten. Vorab sind, sofern erforderlich, die B-Plan-Änderungen durchzuführen.

Die Ausschussmitglieder der SPD und die Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN/Linksbündnis stimmen gegen die Empfehlungen zu Punkt 2, 3 und 4.

14. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen gestellt.